c) Leipzig

Leipziger Chronik (Teil 3)

Unter dem Titel »Die Mücke« legten die Leipziger Gruppen Arbeitskreis Menschenrechte und Arbeitskreis Gerechtigkeit im März diesen Jahres eine im »Ost-West-Diskussionsforum« veröffentlichte Chronik vor, die über ein Jahr hinweg die wichtigsten Stationen der Leipziger Bürgerrechtsbewegung verfolgte. Daran anschließend und ebenfalls chronikartig sollen hier die Ereignisse seither erfaßt werden.

23. 2.
Um gegen die Vorgänge bei der sogenannten »Prager Woche« im Januar 1989 und gegen die sich daraus ergebenden politischen Gerichtsprozesse zu protestieren, schreiben 19 Friedens- und Menschenrechtsgruppen der DDR, darunter einige aus Leipzig, einen Offenen Brief an Regierungsvertreter der CSSR.

24.-26. 2.
Auf dem Treffen »Frieden konkret VII« in Greifswald wird auf Antrag der Umweltbibliothek Berlin, des Arbeitskreises Gerechtigkeit Leipzig, der Initiative Frieden und Menschenrechte und der Arbeitsgruppe Menschenrechte Leipzig mit knapper Mehrheit eine Protestresolution angenommen, die zu den Vorgängen in der CSSR Stellung nimmt.

28. 2.
Als Auftakt zur konkreten Vorbereitung der Kontrolle der Kommunalwahlen am 7. 5. '89 veranstalten der Arbeitskreis Gerechtigkeit, die Arbeitsgruppe Menschenrechte und die Initiativgruppe Leben einen Abend in der Leipziger Markuskirchgemeinde.

12. 3.
Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse. Zwanzig Personen bilden einen Fahrradkorso von der Nikolaikirche zum Messegelände, wo sich zu diesem Zeitpunkt Politiker aus Ost und West aufhielten. Mit dieser Aktion sollte für die Verwirklichung individueller Menschenrechte in der DDR demonstriert werden.

13. 3. Messemontag.
Im Anschluß an das vom Rektor des Theolog. Seminars, Prof. Kühn, gehaltene Friedensgebet, formierten sich etwa 600 der 1 000 Besucher dieser Veranstaltung zu einem Schweigemarsch durch die Leipziger Innenstadt. Bei den Demonstranten handelte es sich größtenteils um Ausreisewillige. Dieser Schweigemarsch war die erste größere Demonstration in der DDR, die nicht von den Menschenrechtsgruppen, sondern von Antragstellern organisiert worden ist.

Bereits im Vorfeld wurden etwa 300 Antragsteller durch die zuständigen Behörden belehrt, an keinerlei Aktionen während der Leipziger Messe teilzunehmen. Während der Demonstration wurden 12 Personen festgenommen, nach zwei bis drei Tagen aber wieder aus der Untersuchungshaft entlassen.

15. 3.
Gemeinsam mit anderen kirchlichen Gruppierungen veröffentlicht der Arbeitskreis Gerechtigkeit aus Anlaß der Schüsse an der innerdeutschen Grenze einen Offenen Brief an die Bevölkerung der DDR.

19. 3.
DDR-weiter Aktionstag für die in der CSSR politisch und religiös Verfolgten. Von 17-24 Uhr findet in der Leipziger Markuskirchgemeinde eine Veranstaltung der Leipziger Gruppen zu diesem Thema statt.

März
Eine Gemeindebibliothek zur Problematik Gerechtigkeit, Frieden und Umweltbewahrung öffnet in der Markuskirchgemeinde. Damit existiert neben der Öko-Bibliothek der Arbeitsgruppe Umweltschutz eine zweite unabhängige Bibliothek in Leipzig.

1. 4.
In der Heilandsgemeinde versammeln sich 400 Personen im Rahmen eines »Tages zur Volksbildung in der DDR«. Ein Brief an den IX. Pädagogischen Kongreß wird verfaßt. In ihm werden die Erwartungen an Veränderungen in der Volksbildung formuliert.

3. 4.
Über mit dem Braunkohleabbau zusammenhängende Umweltprobleme veranstaltet die Arbeitsgruppe Umweltschutz einen Abend in der Reformierten Kirche. 250 Personen kamen, um den Diavortrag »Bilder einer Reise zwischen Tagebau und Kraftwerken« des Arbeitskreises Frieden und Umwelt Hoyerswerda zu hören.

10. 4.
Leipzigs kirchliche Basisgruppen dürfen das montägliche Friedensgebet wieder mitgestalten. Zum ersten Friedensgebet der Gruppen, das der Arbeitskreis Gerechtigkeit hielt, kamen 900 Personen.

17. 4.
Das Friedensgebet wird von der AG Menschenrechte gestaltet. 800 Personen nahmen teil.

18. 4.
Mitarbeiter des AK Gerechtigkeit und der Umweltgruppe Borna geben ein fünfseitiges Informationspapier über den geplanten und bis dahin in der Bevölkerung unbekannten Bau eines Kernkraftwerkes im Raum Dahlen heraus.

24. 4.
Die Nikolaikirchgemeinde hält vor 700 Personen das Friedensgebet. Pfarrer Führer verliest in ihm auch den Beschluß der Synode der Ev.-luth. Landeskirche Sachsen zur Kommunalwahl.

26. 4.
Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Kernkraftgegner aus der gesamten DDR wollen in Stendal auf die Gefahren der friedlichen Nutzung von Atomkraft aufmerksam machen. Der Mitarbeiter des Arbeitskreises Gerechtigkeit Leipzig, Rainer Müller, wird vorläufig festgenommen.

1. 5.
Bei dem Verlassen eines Wohnhauses in Borna wird der Mitarbeiter des AK Gerechtigkeit, Rainer Müller, von der ihm auflauernden Polizei zusammengeschlagen und zugeführt. Uwe Der und Thorsten Beinhoff nehmen an der offiziellen Maidemonstration teil. Es gelingt ihnen, 40 Minuten mit ihrem 2 x 1 Meter großen Transparent *„Wahrheit ist kein Monopol – Offensein für Alternativen"* mitzulaufen. Zwanzig Meter vor der Tribüne werden sie entdeckt und zugeführt. Frank Sellentin und Uwe Schwabe versuchen Polizisten zu fotografieren, die Personalausweise kontrollieren. Auch sie werden zugeführt. (Alle vier sind Mitarbeiter der Initiativgruppe Leben). **17 Uhr** ziehen 280 Antragsteller unbehelligt durch die Innenstadt.

Anfang Mai
Per Flugblatt ruft eine »Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft« zu einer Versammlung der Nichtwähler für den 7. 5., 18 Uhr, auf den Leipziger Marktplatz auf.

4.-7. 5.
Vor der anstehenden Kommunalwahl und der Demonstration gegen deren undemokratisches System werden in Leipzig 56 Aktivisten zum Teil mehrfach vorgeladen und zugeführt. Obwohl beide Gruppen nichts mit der Vorbereitung der Demonstration zu tun haben, werden nahezu alle Mitglieder des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte zugeführt. Besonders scharfer Bewachung erfreute sich der AK Gerechtigkeit. So wurden der Mitarbeiter Thomas Rudolph und der Rechtsanwalt Wolfgang Schnur auf dem Weg von Leipzig nach Erfurt von mehreren Autos der Staatssicherheit verfolgt. Dank der Fahrkunst von

Rechtsanwalt Schnur verlor die Staatssicherheit das zu verfolgende Auto in den engen Straßen der Erfurter Innenstadt. Den Leipziger Bürgerrechtlern wird ein Politbürobeschluß zur Unterbindung der Demonstration bekannt.

7. 5.

Bernd Oehler (AK Gerechtigkeit) und Frank Richter (AG Menschenrechte) werden zugeführt. Beide hatten nicht die Absicht, an der Demonstration teilzunehmen. **18 Uhr** versammeln sich 1 500 Demonstranten auf dem Leipziger Marktplatz. Es formieren sich 100-1 000 Mann starke Demonstrationszüge. Die Polizei schreitet ein, mindestens 120 Personen werden festgenommen.

8. 5.

Im Anschluß an das Friedensgebet formiert sich ein 550 Mann starker Demonstrationszug gegen die von Leipziger Gruppen aufgedeckten Wahlfälschungen. Sechzehn Personen werden vorläufig festgenommen. Der Trend, daß sich an Demonstrationen immer mehr Personen ohne Ausreiseantrag beteiligen, setzte sich fort.

15. 5.

Obwohl kein Friedensgebet abgehalten wurde, fanden sich etwa 150 Antragsteller vor der Nikolaikirche ein. Sie bildeten einen Demonstrationszug durch die Innenstadt. Dabei wurden von den Sicherheitskräften die Personalien der Demonstranten aufgenommen.

22. 5.

Nach dem Friedensgebet bildeten etwa 350 Teilnehmer einen Demonstrationszug, doch die Innenstadt war bereits eine Stunde zuvor durch Polizeiketten abgeriegelt worden. Bei dem Versuch, aus dem Nikolaikirchhof herauszukommen, wurden die Demonstranten in der Ritterstraße eingekesselt. Gegen die Demonstranten werden Schlagstöcke eingesetzt, Hundeführer stehen zum Einsatz bereit. Eine Demonstrantin wird verletzt. Die Eingekesselten rufen in Sprechchören: *„Wir wollen raus!"*

Ein junger Mann wird von den Sicherheitskräften zum Rädelsführer erklärt und inhaftiert. Er sieht seinem Prozeß entgegen.

Ab dem 22. 5.

beginnt eine flächendeckende Überwachung der Leipziger Gruppen. Damit sollen die Organisatoren des 2. Pleißemarschs eingeschüchtert werden. Anhand der Verhöre wird ersichtlich, daß die Staatssicherheit im Arbeitskreis Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte die Organisatoren für den Pleißemarsch und das für den 10. Juni geplante unabhängige Straßenmusikfestival sieht. Einige Gruppenmitglieder werden zum Teil mehrfach vorgeladen oder zugeführt.

So z.B. Rainer Müller, Katrin Walther und Thomas Rudolph vom Arbeitskreis Gerechtigkeit, Michaela Ziegs, Frank Sellentin, Michael Arnold und Uwe Schwabe von der Initiativgruppe Leben, Jochen Läßig (Musiker der Gruppe »Solaris«) und Andreas Radicke, der Hausmeister der Lukaskirchgemeinde.

29. 5.

Noch während die Teilnehmer des Friedensgebets die Kirche verlassen, rücken bereits lose Reihen von Polizisten auf den Nikolaikirchhof vor und fordern die Gottesdienstbesucher auf, sofort nach Hause zu gehen. Ohne ersichtlichen Grund wird Udo Hartmann (Initiativgruppe Leben) von der Kirchtür weg verhaftet. Pfarrer Führer kommt auf den Nikolaikirchhof und versucht zu vermitteln. Die Gottesdienstbesucher zerstreuen sich. Es kommt aber dennoch in der Nähe der Kirche sowie in Seitenstraßen zu 15 weiteren Zuführungen. Betroffen sind u.a. Carola Bornschlegel (Initiativgruppe Leben) und Rainer Müller vom AK Gerechtigkeit.

Später winkt Rainer Müller aus einem offenen Fenster des Polizeigebäudes in der Dimitroffstraße. Daraufhin wird er unter Schlägen und Fußtritten über einen Tisch gezogen und zur Tür geschleift. Im Flur des Polizeigebäudes wird er von vier Personen, die sich bei seiner Festnahme eine Stunde zuvor als Kriminalpolizei ausgewiesen haben, brutal zusammengeschlagen.

Nach seiner Entlassung sucht Rainer Müller einen Arzt auf und läßt sich seine Verletzungen bescheinigen. Später versucht er, Anzeige wegen Mißhandlung zu erstatten, doch er wird von den Behörden abgewiesen. Aufgrund der Vorfälle nach dem Gottesdienst intervenierte der sächsische Landesbischof Dr. Hempel bei den verantwortlichen staatlichen Stellen.

- f.w.s. -

